

Investoren klopfen im Rathaus an

Gladenbacher Christdemokraten befürchten eine Umzingelung des Stadtgebietes mit Windparks

Im Grenzgebiet zu Dautphetal könnte der nächste Windpark bei Gladenbach entstehen. Vier Investoren haben beim Bürgermeister angefragt. Die Mehrheit der Stadtverordneten gibt grünes Licht für Verhandlungen.

von Edgar Meistrell

Gladenbach. Sie haben es mit ihrer Zustimmung zum Teilregionalplan Energie so gewollt, jetzt sagt die Mehrheit der Stadtverordneten auch Ja zu Verhandlungen mit Investoren, die auf der Fläche mit der Nummer 3123 zwischen vier und neun Windkraftanlagen bauen wollen.

Am 18. Mai 2017 hatten die Stadtverordneten den Beschluss gefasst, nicht nur im Vorranggebiet am Landratskreuz oberhalb von Rachelshausen städtische Flächen für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen, das galt auch für das nun in der Diskussion befindliche östlich davon gelegene Waldgebiet im Grenzland zur Nachbarkommune Dautphetal. Betroffen wären diesmal die Gemarkungen von Runzhausen, Bellnhausen, Sinkershausen und Diedenshausen.

Bevor allerdings 19 der anwesenden 33 Stadtverordneten



Der Höhenrücken nördlich des Gladenbacher Stadtteils Bellnhausen ist als Vorrangfläche für Windräder vorgesehen. Fotos: Edgar Meistrell

dem Magistrat mit ihrer Ja-Stimme den Auftrag zu weiteren Verhandlungen gaben, wurde zum Teil auch wieder grundsätzlich über Windkraft debattiert.

SPD-Fraktionschef Robby Jahnke erinnerte an den Grundsatzbeschluss der Stadtverordneten aus 2011. Folglich werde auch die Mehrheit von SPD und Freien Wählern für den

vorliegenden Antrag stimmen. Bedenken gegen das neue Vorhaben gab es von der CDU: Gunthard Koch befürchtet eine Umzingelung Gladenbachs mit Windparks. Denn neben dem in Rachelshausen und am nahen Hilsberg ist im Süden ein weiterer nahe Mornshausen und Erdhausen geplant. Nun also komme der nächste im Norden der Stadt. Nur weil jemand Interesse zeige, müsse die Stadt doch nicht gleich drauf anspringen, mahnte er unter anderem.

Bürgermeister Peter Kremer (parteilos) machte deutlich, dass alles noch in einem sehr frühen Stadium sei. Noch wisse er überhaupt nicht, ob und welche städtischen Grundstücke die vier interessierten Investoren im Visier hätten.

Ziel der Beschlussvorlage sei es lediglich, eine Ermächtigung für weitere Verhandlungen zu bekommen. Und nur durch weitere Gespräche erfahre die Stadt auch, was tatsächlich wo geplant werde. Ihm sei bekannt, dass die potenziellen Projektierer bei einer Reihe von privaten

Grundstücksbesitzern in den betroffenen Gebieten vorstellig geworden seien.

Und auf Nachfrage von Hans-Hermann Ullrich (CDU) räumte Kremer ein, dass die Stadt vor rund zwei Jahren auch die Begehung ihrer Grundstücke für die Zwecke einer naturschutzrechtlichen Bestandsaufnahme erlaubt habe.

Bürgermeister: Magistrat bindet Stadtverordnete ein

Nun aber klopfen einige der Investoren nicht nur an, sondern verlangten konkrete Gespräche. Er habe die Anrufer auf die Stadtverordnetenversammlung vertröstet, sagte Kremer.

Der Bürgermeister geht davon aus, dass nun bald konkrete Zahlen und Daten auf dem Tisch liegen. Bevor jedoch ein Grundstück verkauft werde, binde der Magistrat die Stadtverordneten mit ein, machte Kremer auf Nachfrage einiger Kommunalpolitiker deutlich.

Edmund Zimmermann (Junge Liste/Grüne) kritisierte die ab-

lehrende Haltung der Union, erinnerte an vergangene Beschlüsse und an das Votum für den Teilregionalplan. Und genau dieser werde nun eben umgesetzt. „Wir haben es nicht in der Hand“, kommentierte er die Vorhaben, die offenbar allesamt auf dafür vorgesehenen Flächen entstehen sollen.

Unterstützung bekam der Bürgermeister auch von Helmut Brück (FW). Der erinnerte unter anderem daran, dass der Stadt bei einer Verweigerung durchaus sehr viel Geld entgegen könne, wenn man keine Grundstücke zur Verfügung stelle. Und die von Koch angesprochene gesundheitliche Belastung durch Infraschall sei in der Wissenschaft durchaus umstritten, sagte Brück.

Am Ende stimmten 19 Stadtverordnete aus den Reihen von SPD, Junge Liste/Grüne und Freien Wähler für den Verhandlungsauftrag. Zwölf Mandatsträger von CDU und FW waren dagegen, bei jeweils einer Enthaltung aus den Reihen von SPD und FW.



Die Windräder am Landratskreuz und am Hilsberg sind auch von Gladenbach-Erdhausen aus gut zu erkennen.